

INTERVENTIONEN 2000 BIS 2010 IN GÖTTINGEN



UND EINIGE KRASS-SCHIEß_AKTIONEN DER BULLEN

Dieser Überblick bietet keine Theorie. Über Guerillataktiken und subversive Aktionen gibt es echt gute Bücher: Spassguerilla vom Unrast-Verlag z.b. oder Kommunikationsguerilla. Wir wollen nur einige dieser Aktionen, die in Göttingen ausprobiert und angewendet worden sind, für die linke Göttinger Geschichtsschreibung zusammenstellen.

2000 BIS 2010 – dieses Jahrzehnt liegt lange genug zurück, dass viele diese Aktionen nicht mehr kennen. In diesem Jahrzehnt ist natürlich viel mehr passiert, als wir hier überhaupt darstellen können. Unendlich viele Demonstrationen und Kundgebungen. Und natürlich war dies auch die Zeit der Castortransporte, die manchmal durch Göttingen gingen und unzählige Leute auf die Beine und die Gleise brachte. Bis 2003 gab es auch die Grenzcampes von kein mensch ist illegal, an denen immer etliche Göttinger*innen teilgenommen haben. Wir haben uns daher auf Aktionen beschränkt, die aus dem üblichen Rahmen herausfallen. Sicherlich haben wir auch nicht alles bedacht oder gefunden oder überhaupt gewußt... Gerade Anfang der 2000er war das mit dem Internet auch noch nicht so selbstverständlich. Einiges mussten wir daher mühsam recherchieren. Zum Verständnis der Aktionen wurden teilweise die Hintergründe kurz beschrieben. Wir wünschen euch viel Spaß beim lesen

QUELLEN:

Bilder: sind meistens von Goest aus dem Archiv; indymedia oder irgendwelche Zeitungen oder Private Schätze
Texte: goest, Indymedia und erhalten gebliebene, Flugis und Texte, gibt auch ein paar Zitate

DAS JAHR 2000

DER ÜBERFALL AUF GEFLÜCHTETE IN BAD GRUND UND DIE KAMPAGNE FÜR IHRE UMVERTEILUNG



Die roten Transparente im Ratssaal waren von Sympathie getragen. Nach fünf Stunden und immer lauterer Kritik der Besucher wurde die Sitzung abgebrochen. Hinzmann

EKLAT IM RAT / Nach Abbruch der Sitzung fliegen Flaschen durch den Saal Gastrech-Streit führt zu Tumult

Pfiffe, Johlen, Geschrei: Die von Tumulten begleitete Debatte um das „Gastrech für Opfer rassistischer Gewalt“ hat am Freitag die Sitzung des Statrates gesprengt. Der Rat hatte einen Antrag der GAL, fünf afrikanischen Flüchtlingen Gastrecht in Göttingen zu gewähren, abgelehnt. Im anschließenden Pfeifkonzert der rund 100 Besucher wurde die Sitzung abgebrochen.

Göttingen (la) „Eine Stadt wehrt sich“ war das Motto der Kundgebungen am 6. November und 29. Januar, die ein breites Bündnis aus Parteien und Bürgergruppen gegen Aufmärsche der

NPD organisiert hatte. Fünf Afrikaner, die in ihrer Asylbewerberunterkunft in Bad Grund überfallen worden waren, waren Gastredner im November. „Viele Bürger und Politiker haben bei dieser Kundgebung Gesicht gezeigt“, begründete Felix Hohlefleisch (GAL) den Antrag. Nun gehe es darum, sich schützend vor die Opfer zu stellen.

Unterstützung finden die Opfer des Überfalls nur in Göttingen, meinte einer Mitarbeiterin des Arbeitskreises zur Unterstützung von Asylsuchenden. Einem der Flüchtlinge, Joseph Wabo, hatte

der Rat das zunächst erteilte Rederecht wieder entzogen, da Wabo unmittelbar betroffen sei.

„Die Bezirksregierung hat die Umverteilung der Betroffenen nach Wolfenbüttel angeordnet. Göttingen hat darüber nicht zu entscheiden“, sagte Rechtsdezernent Wolfgang Meyer. Zu diesem Zeitpunkt entrollten Besucher eine Liste mit 900 Unterschriften im Saal und entfalteten Transparente: Während der folgenden Unterbrechung beschimpfte PDS-Mann Patrick Humke (LLG) lautstark Vertreter der CDU, die daraufhin den Saal verließen.

Er sehe einen Konflikt zwischen rechtlicher Auslegung und menschlicher Gewissensentscheidung, sagte Dr. Ernst Arfken (SPD), der mit GAL und LLG dem Antrag zustimmte. Die übrigen Mitglieder der SPD sowie die Vertreter von CDU und FDP lehnten den Antrag ab. Lediglich Walter Mönke-meier (CDU) hatte während der Debatte, die von erregten Zwischenrufen der Zuschauer begleitet wurde, die Ablehnung seiner Fraktion begündet.

13 Stimmen für den Antrag, die Ratssitzung von um 22.20 im gellenden Pfeifkonzert abgebrochen.

Auch am nächsten Tag, als die Sitzung fortgesetzt werden sollte, waren die Protestierenden schon da. Schließlich wurde dann die Polizei geholt.

ZUM HINTERGRUND

In der Nacht vom 9. auf den 10.10.1999 zwischen 2 und 3 Uhr drangen ca. 12 verummte Personen in die Asylbewerberunterkunft am Waldrand von Bad Grund ein und gingen sofort mit Baseballschlägern auf die schlafenden Bewohner des Heims los. „Wir sind Nazis“ hat einer gesagt und „alle Schwarzen müssen raus“. Das Eindringen machte bei einem fehlenden Haustürschloss weder Mühe noch Lärm, ein neues Schloss war der Samtgemeinde „zu teuer“ gewesen.

Einer der Bewohner kam mit einer schweren lebensgefährlichen Kopfverletzung ins Krankenhaus. Um die anderen hat sich niemand gekümmert, so dass sie in der darauffolgenden Nacht aus Angst bei der Polizei anriefen, die sie für die Nacht in eine Arrestzelle sperrten.

In dieser Unterkunft waren nur Schwarze Asylbewerber untergebracht. Alle anderen konnten in Wohnungen im Ort leben. Schon vor dem Überfall gab es eine unglaubliche Hetze gegen die Geflüchteten im „Schönhofsblick“, wie die Unterkunft offiziell hieß. Nachdem einer der Bewohner wegen Drogenhandels verurteilt worden war, kannte die Hetze kein Halten mehr. Von einem „Handelsnest“ von Drogendealern war die Rede, der Focus titelte „frei essen, frei trinken, frei kiffen“, der Harzkurier wollte die „Drogenzentrale jetzt lahmlegen“ und Gemeindedirektor Boysen forderte „Drogendealer raus aus Bad Grund“.

Erwartungsgemäß wurde der Überfall dann als „Krieg unter Drogenbossen“ hingestellt. Die Staatsanwältin Engshuber sprach von einem „regelrechten Sumpf“ und vermutete einen Bürgermob, der die Afrikaner habe abstrafen wollen. Tatsächlich gab es gegen keinen einzigen der Bewohner ein Ermittlungsverfahren, und Engshuber und Boysen mussten ihre Aussagen zurücknehmen. Aber das interessierte niemanden.

In Göttingen hatte sich ein Untersützerkreis gebildet, der zunächst versuchte, die Sitation in Bad Grund, die vielen Schikanen und den Überfall in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Es fand eine Demonstration in Bad Grund statt, an der viele Menschen aus Göttingen teilnahmen. Da die Geflüchteten sich in Bad Grund nicht mehr sicher fühlten, begann eine Kampagne für eine Umverteilung nach Göttingen.

Auf den Anti-Nazi-Demonstrationen im November 1999 und im Februar 2000 hielten Geflüchtete aus Bad Grund Redebeiträge. Es gab eine Unterschriftenaktion für die Umverteilung nach Göttingen, die über 900 Personen und 50 Gruppen unterschreiben haben. Im Februar 2000 wurde ein offizieller Umverteilungsantrag nach Göttingen gestellt und eine Petition im Nds. Landtag eingereicht. Die Grünen reichten einen Ratsantrag auf Aufnahme der Geflüchteten in Göttingen ein.

Die Ratssitzung fand am 6.2.2000 statt.

DER ANTRAG WURDE ABGELEHNT.

Trotzdem war der Kampf ein Erfolg: die Geflüchteten wurden nach Wolfenbüttel umverteilt. Die Bezirksregierung hat in dem Umverteilungsbescheid geschrieben, dass diese Umverteilung aufgrund der persönlichen Sicherheit der Flüchtlinge erfolge.

DIE RATSSITZUNG ALS INTERVENTIONS-FELD

Immer wieder wird die Ratssitzung als Anlass genommen, in die Städtische Politik einzugreifen und eigene Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Den meisten ist dies wahrscheinlich noch in Erinnerung, als es um die Schließung der Unterkunft Siekhöhe ging.

Bei der Ratssitzung am 06.02.2000 kam es tatsächlich zu „Tumulten“.

Als einer der Zuhörer*innen ans Mikro trat und etwas sagen wollte, wollte einer der CDUler doch tatsächlich wissen, ob die Person denn überhaupt „ein Bürger Göttingens“ sei. Die Fragestunde sei nur für solche Bürger zulässig. Warum er das fragte? Offensichtlich hatte er aufgrund des Aussehens der Person geschlossen, dass es sich nicht um einen Biodeutschen handeln könne. Daraufhin gab es lautstarke Proteste.

Dann versuchte noch einer der CDU-Ratsherren den Protestierenden die Transpis aus den Händen zu reißen. Dies wollten die Leute natürlich nicht zulassen. Die Proteste brachen nach der Abstimmung nicht mehr ab, was zur Unterbrechung der Sitzung führte.

Die Störung der Ratssitzungen führt in der Regel nicht zum gewünschten Erfolg. In diesem Fall wurde die Aufnahme der Geflüchteten aus Bad Grund von der Mehrheit kurzerhand abgelehnt. Daher stellt sich immer wieder die Frage: lohnt sich das?

WARUM ALSO IN DIE RATSSITZUNG MOBILISIEREN?

Normalerweise erfahren die Themen in einer Ratssitzung keine großes Interesse. Was bei dieser Intervention in jedem Fall passiert ist, dass unsere Themen eine Öffentlichkeit erfahren, die sie sonst nicht hätten. Außerdem werden die Themen dahin gebracht, wo über sie auch entschieden werden. Letzlich sollten die Personen, die verantwortlich sind, auch mit dem Protest konfrontiert werden. Ohne solche Aktionen wären viele Entscheidungen sang- und klanglos getroffen worden. Je mehr der Widerstand Öffentlichkeit und öffentliche Unterstützung erfährt, desto schwieriger ist es für die Verantwortlichen, ihre Entscheidungen einfach durchzusetzen. Ein gelungenes Beispiel dafür ist auch der Protest gegen die Unterkunft Siekhöhe. Ohne die zahlreichen Proteste wäre diese Unterkunft nicht so schnell geschlossen worden.

Demo in Bad Grund



Foto: Flüchtlinge aus Bad Grund

GÖTTINGEN SOLL SICHERER WERDEN:

KAMERAS UND POLIZEIBEGLEITUNG IN DEN STADTBUSSEN

Das war kein Aprilscherz: Ende 99/Anfang 2000 gab es eine Diskussion darum, dass in den Bussen zu viel Randalpassiere und sich die Fahrgäste unsicher fühlen würden. Als Abhilfe wurden von verschiedenen Politiker*innen Kameras in den Bussen oder Zivilfahnder in den Bussen gefordert. Die FDP wollte 1-Euro-Jobber*innen dafür einsetzen. Wie wir heute wissen, wurde daraus nichts langfristiges, aber für eine Aufregung waren die Schlagzeilen allemal was wert: „Bussi im Drogen- und Bandensumpf“ zum Beispiel.

Daraufhin ließen sich ein paar Leute **EIN KLEINES THEATERSTÜCK FÜR DEN BUS** einfallen. Gekleidet wie Stewardessen wurde der Bus geentert. Ein CD-Player ließ eine typische Flugzeugstimme hören, die entsprechende Anweisungen gab. Die Stewardessen machten die entsprechenden Handbewegungen dazu.



ERSTAUNLICHERWEISE GAB ES WÄHREND DER BUSFAHRTEN KEINE REAKTIONEN VON FAHRGÄSTEN ODER BUSFAHRER*INNEN.

80 BUSBEGLEITERINNEN

Finden Sie es nicht aus trostlos und langweilig, morgens im vollbesetzten Bus auf dem Weg zur Arbeit neben lauter (noch) müden Fremden sitzen zu müssen und sich anzuschweigen? Fragen Sie sich nicht auch so manches mal, wo Sie eigentlich hin wollen?

Damit soll jetzt Schluß sein, geht es nach dem Willen der FDP und der SPD. Denn jetzt kommen 80 freundliche BusbegleiterInnen zum Einsatz. Orange oder gelb oder grün oder... leuchtende Jacken künden uns ihr Nahen schon von Weitem und wir wissen, jetzt kommt die Antwort auf meine Fragen. Allerdings nur, wenn Sie wirklich nicht wissen, wo Sie hin wollen und nicht am Sinn des Lebens zweifeln, können die freundlichen BusbegleiterInnen Ihnen zumindest den Weg weisen. „Sie kann geholfen werden“, wie Verona Feldbusch uns immer so schön den Slogan der Telekom um die Ohren haut.

Da nämlich die MitfahrerInnen oder gar die BusfahrerInnen sich dem Zeitgeist der Individualisierung angepaßt haben und für dererlei Probleme nicht mehr ansprechbar sind, braucht es eben professioneller Busbetreuung. Vorbei also die Zeiten, als Fragen an die SitznachbarInnen unbeantwortet bleiben oder genervte BusfahrerInnen gar pampige Antworten gaben. Jetzt weht ein freundlicher Wind durch die Busse. Wer diesen Job machen soll? Die FDP rät: SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose! Die haben ja schließlich nichts zu tun und wären froh über Arbeit. Vor allem derart anspruchsvolle und gut?? bezahlte: den ganzen Tag an der frischen Luft, jedenfalls beim Umsteigen von Bus zu Bus, umsonst Busfahren, Kontakt mit vielen Menschen, die freundlich gefragt werden, ob sie vielleicht eine Frage haben usw. usw.

Den echten Service könnten sich die Parteien oder die Stadtoberen ja von der Deutschen Bundesbahn abgucken: Dort nämlich servieren SozialhilfeempfängerInnen den Fahrgästen Kaffee und Essen, das notfalls auch schnell von der Pizzeria am nächsten Bahnhof geholt wird. Das wäre doch wirklich klasse, wenn wir morgens im Bus unser Frühstück serviert bekommen würden. Dann würde ich auch zwei Stationen weiter fahren.

(damaliger Text aus der Pampa)

SEHR GEEHRTE FAHRGÄSTE

Wir begrüßen Sie im Namen unseres Aktionsprogramms „für ein sauberes und sicheres Göttingen“. Um Ihre Sicherheit in unseren Bussen zu gewährleisten, ist es notwendig, dass Sie einige Verhaltensregeln beachten. Ein einzigartiges Kamerasystem wird an Bord der Busse installiert. Die Kameras befinden sich jeweils an den Ein- und Ausstiegen im vorderen und hinteren Teil der Busse.

Beim Einsteigen halten Sie unaufgefordert Ihren Personalausweis, ihre gültige Fahrkarte und Ihr Gesicht deutlich in die Kamera. Kennziffer des Personalausweises und Gültigkeitsdatum der Fahrkarte müssen dabei gut lesbar sein.

Ihre Daten werden unverzüglich mit den vorhandenen Daten des Bundeskriminalamtes abgeglichen und gespeichert. Dadurch ist es uns möglich, unliebsame Fahrgäste von der Personenbeförderung auszuschließen.

Falls Sie Ihren Personalausweis nicht mit sich führen sollten, sehen wir uns leider veranlasst, einen genetischen Fingerabdruck von Ihnen zu nehmen.

Um die Unannehmlichkeiten möglichst gering zu halten, erfolgt diese Identifizierung in Form eines Speicheltests. Dabei entsteht für Sie eine Bearbeitungsgebühr von 10,00 Euro.

Durch die Kamera wird der gesamte Innenraum des Busses überwacht. Die Bilder stehen uns 48 Stunden zur kriminaltechnischen Auswertung zur Verfügung.

Wir bitten Sie daher, während der gesamten Fahrt Kopfbedeckungen und Sonnenbrillen abzunehmen.

Unser Team vom Aktionsprogramm „Für ein sauberes und sicheres Göttingen“ dankt für Ihre Mitarbeit.

Sicheres Busfahren geht uns Alle an!!

DAS JAHR 2001

Erinnerung an Sendung 2001:

BEI „WETTEN, DASS..?“ IN GÖTTINGEN WURDE GE-MOGELT

15 Millionen Zuschauer verfolgten damals die Show in der Göttinger Lokhalle.

Aber Göttingen wäre nicht Göttingen, wenn nicht irgendwann auch der Hang zum Protest und die Lust am Regelverstoß durchgebrochen wären. Die Gelegenheit hierzu gab es bei der Saalwette. Mindestens 15 Professoren sollten in der Lokhalle erscheinen, die in ihrer Jugend demonstriert hatten und dies mit einem Foto belegen konnten. Unter den 16 vermeintlichen Professoren, die am Ende auf die Bühne gelassen wurden, war auch eine auffallend junge Frau. Diese stellte sich als „Professorin für Bleiberecht“ vor und entrollte flugs ein Transparent, um Abschiebungen zu protestieren.

UND DAS WAR LIVE IM FERNSEHEN gegen

17. 2. 01

WIR TAUCHEN DA AUF, WO SIE NICHT MIT UNS RECHNEN!

BÜROBESETZUNGEN

von Parteien waren und sind ein beliebtes Mittel, um gegen die herrschende Politik zu protestieren. In Göttingen mussten die drei großen Parteien alles schon mal dran glauben.

Grüne

Spd

Cdu

Mit einer symbolischen Besetzung von Rita Süßmuths Göttinger Büro haben Aktivisten gegen den Einwanderungs-Bericht protestiert. Ihr Vorwurf: Die Situation von Flüchtlingen verschlechtert sich.



DEMONSTRANTEN BESETZEN BÜRO VON SÜSSMUTH

Frankfurter Rundschau

pid GÖTTINGEN, 4. Juli. Rund 20 Demonstranten haben am Mittwochvormittag das Wahlkrisenbüro der CDU-Bundestagsabgeordneten Rita Süßmuth und die Räume der Geschäftsstelle der CDU in Göttingen zeitweilig besetzt.

Mit ihrer Aktion wollten sie nach eigenen Angaben gegen die Vorschläge der von Süßmuth geführten Zuwanderungskommission der Bundesregierung protestieren. Sie kritisierten, dass das Gremium eine Einwanderung nach wirtschaftlichen „Nützlichkeitskriterien“ empfehle. Menschen verließen ihre Herkunftsländer aber auch, um vor Verelendung, Hunger oder politischer Verfolgung zu fliehen oder um gesicherte Lebensgrundlagen finden zu können. Dieses grundlegende Recht werde von der Kommission ignoriert. Die Demonstranten kritisierten außerdem die Asylpraxis.

Laut Polizei zogen die Besetzer freiwillig wieder ab. Die Beamten verzichteten auf eine Feststellung der Personalien.

BECKSTEIN IN GÖTTINGEN BRENNENDE BARRIKADEN BEI STUDENTEN-DISKUSSION

In der Autonomen-Hochburg Göttingen kam es am Mittwoch zu Ausschreitungen. Als Bayerns Innenminister Günther Beckstein mit Studenten über das Ausländerrecht diskutieren wollte, setzten Demonstranten Straßenbarrikaden in Brand.

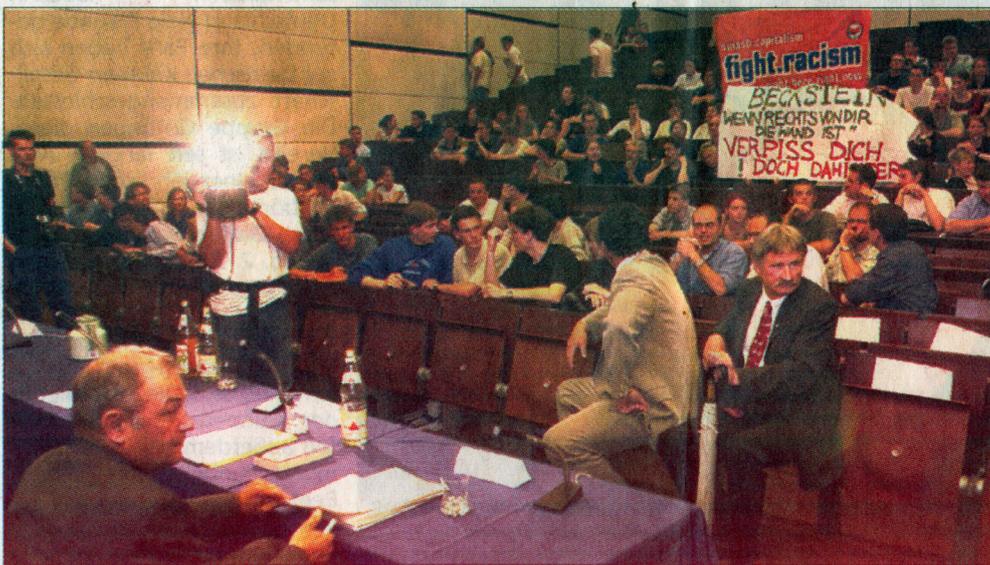
Göttingen - Rund 240 Studenten nahmen an der Veranstaltung mit dem CSU-Politiker Günther Beckstein, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach und dem Sozialwissenschaftler Bassam Tibi teil. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) hatte zur Diskussion über „Ausländerrecht und Wissenschaftsstandort“ eingeladen. Doch schon den Beginn verhinderten rund 40 Störer mit rhythmischem Klatschen und lautstarkem Pfeifen, so dass die Veranstaltung in einen anderen Raum verlegt werden musste.

Danach aber legte die Göttinger Autonomen-Szene erst richtig los: Rund 200 Demonstranten blockierten eine Straße und entfachten ein Feuer mit Holzpaletten auf einer Kreuzung. Die Polizei nahm einen 26-Jährigen während der Demonstration vor dem Veranstaltungsgebäude fest und ließ ihn zum Ende der Veranstaltung wieder frei. Verletzt wurde bei der Demonstration niemand. Die Diskussion endete mit etwa halbstündiger Verspätung ohne weitere Vorkommnisse. (Spiegel)

Das letzte ist mal wieder gelogen: Unter Schlagstockeinsatz wurden die gegen die Eingänge und Fensterscheiben drängenden Protestierenden zurückgehalten. Bei diesem Schlagstockeinsatz wurden mehrere Menschen durch die Polizei verletzt.



„Wir in Bayern hätten das anders gelöst“



Göttingen (ck). „Wir in Bayern hätten das anders gelöst, zum Beispiel mit Platzverweisen, aber das ist hier nicht gewollt.“ Mit diesen Worten kommentierte der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) die heftigen Proteste gegen sein Erscheinen in Göttingen und den Rückzug von Diskutanten und RCDS-Anhängern in einen anderen Hörsaal nach gut einstündiger Verzögerung der RCDS-Veranstaltung. Mehr als 50 Gegner des Politikers hatten sich unter die Zuhörer in der Waldweg-Aula gemischt und lautstark mit Spechchören und Trillerpfeifen Becksteins Heimfahrt gefordert. Am Ende schleuste die Polizei auf Drängen des Uni-Präsidenten knapp 100 Besucher, die Beckstein hören wollten, in einen anderen Saal. Demonstranten drängte die Polizei mit sanfter Gewalt aus dem Gebäude.

Der bayerische Innenminister Beckstein (links) wird in der Universität am Reden gehindert. BB



NOCH GRÖßER WAR
NUR DER PROTEST
GEGEN SCHÄUBLE
1999

SCHÄUBLE VERHINDERT

Göttingen (dpa) - Mehrere hundert Polizisten und eine Hundestafel haben am Abend eine Rede des CDU-Vorsitzenden Schäuble in der Göttinger Universität ermöglicht. Trotz scharfer Auswahl waren mehr als 100 Demonstranten mit Trillerpfeifen in den Hörsaal gelangt, störten die Rede, warfen Farbbeutel und Knallkörper. Zuvor hatten mehr als 1 000 Studenten aus Protest gegen die Unterschriftenaktion der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft über eine halbe Stunde lang den Eingang zum Hörsaal der RCDS-Veranstaltung blockiert.

Schäuble reiste nach 1,5 Stunden unverrichteter Dinge wieder ab!

PROTEST-ANSCHLAG AUF GÖTTINGER BRUNNEN



SPONTANDEMO, ROTES WASSER

Göttingen (kk). (09.10.2001) Nach den Angriffen auf Afghanistan haben am Sonntag gegen 23 Uhr rund 80 zum Teil vermummte Menschen in der Innenstadt gegen den Krieg demonstriert. Laut Polizei wurden Signalmunition und Feuerwerkskörper abgeschossen. Um 17 Uhr fanden sich gestern besorgte Göttinger zu einer Mahnwache am Gänseliesel zusammen. Gegen 14.30 Uhr sprudelten die Fontänen auf dem Bahnhofsvorplatz rot, am Nachmittag folgte der Gänselieselbrunne. „Kriegsblut färbt Göttinger Brunnen rot“, verkündete eine der Polizei bislang unbekannte „Gruppe gegen Gewalt“ in einem Fax an das Göttinger Tageblatt. Als Reaktion auf die Angriffe der USA „haben wir etwas Blut hinzugefügt“, so die Gruppe. „Ein Symbol dafür, dass die Logik von Krieg und Terror überwunden werden muss.“

VERDECKTER ERMITTLER IM GÖTTINGER ANTI-ATOM-PLENUM AUFGEFIOGEN

Länger als ein Jahr hat ein Verdeckter Ermittler, nach unseren Informationen ein Beamter des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen, im Göttinger Anti-Atom-Plenum mitgearbeitet. Im Zeitraum von Frühjahr 2000 bis Januar 2001 besuchte der LKA-Beamte unter dem Namen Axel John Phillips mehr oder minder regelmäßig das Anti-Atom-Plenum (AAP) Göttingen und beteiligte sich sowohl an Vorbereitungen für Aktionen als auch an sozialen Events. Bereits am 11. Januar 2001 wurden erste Verdachtsmomente geäußert, dass Axel J. Phillips in Göttingen unter einer Alias-Identität lebe, in Wirklichkeit Axel Brinker heiße und in Hannover wohne. Das hat sich nun bestätigt! Der lange Zeitraum, der zwischen dem ersten öffentlichen „Spitzel-Vorwurf“ im Januar und dieser Veröffentlichung liegt, hat den Grund, dass lange Zeit keine eindeutigen Indizien vorlagen und diese erst nach einer gründlicheren Recherche ermittelt wurden.

Im Folgenden stellen wir kurz die konstruierte Identität Axel John Phillips dar, wie sie uns im AAP entgegentrat, kommentieren einige Angaben zur Person und führen schließlich Indizien auf, die u.E. verdeutlichen, dass Axel John Phillips mit Axel Brinker, einem Verdeckten Ermittler, identisch ist.



...WAR DAS ANTI-ATOM-PLENUM GÖTTINGEN ZU UNAUFMERKSAM?

Die Überwachung des Göttinger Anti-Atom-Plenums reiht sich ein in die bundesweit zu beobachtende Kriminalisierung linker Gruppen und Menschen aus der Anti-Atom-Bewegung. Im März 1999 hat das BKA insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, Lüchow-Dannenberg und Lüneburg unter dem Einsatztitel „Goldene Hakenkrallen“ durchsucht und der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ beschuldigt. Auch an anderen Orten in der Bundesrepublik gab es in den letzten Jahren erneut Versuche des Staatsschutzes, Informationen über die Anti-Atom-Bewegung zu erhalten und unseren Widerstand gegen das herrschende System zu kriminalisieren. In Göttingen ist Mitte der 90er Jahre ebenfalls eine Sonderkommission des LKA zum Bereich Anti-Atom eingesetzt worden, und es kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeit kontinuierlich fortgesetzt wird. Der aktuelle Fall ist kein Einzelfall, sondern Teil der bundesweiten Kriminalisierungswelle gegen die Anti-Atom-Bewegung. Davon werden wir uns nicht einschüchtern lassen und unsere Arbeit unverändert fortsetzen.

DER G8 GIPFEL IN GENUA ZU DEM VIELE, VIELE LEUTE AUS GÖTTINGEN HINGEFAHREN SIND

19. Juli

Am Donnerstag protestierten 60.000 Menschen, um für die Rechte von Migranten zu demonstrieren.

20. Juli

Für den Freitag gab es verschiedene Demonstrationen mit unterschiedlichen Konzepten. Darunter waren ein Pink & Silver Block, eine Tute Bianche Demonstration, aber auch ein Treffpunkt für NGOs (wie zum Beispiel ATTAC), ein weiterer Sammelpunkt für die italienische Basisgewerkschaft Cobas und eine Demonstration von Anarchisten.

Am Mittag des 20. Juli eskalierte die Situation in Genua. Der Zug der Tute Bianche und anderer linker Gruppen wurde von der Polizei mit Tränengas attackiert. Viele der 20.000 in einer schmalen Straße eingeschlossenen Menschen versuchten zu flüchten, zahlreiche andere antworteten auf die Angriffe der Carabinieri mit Steinwürfen.

Bei den Auseinandersetzungen in den Seitenstraßen wurde nahe der Piazza Alimonda der 23-jährige **CARLO GIULIANI** von dem 20-jährigen Carabinieri Mario Placanica durch einen Kopfschuss getötet und von Filippo Cavataio, der am Steuer des Polizeiwagens saß, zweimal überrollt.

21. Juli

Am Samstag kamen, 300.000 Menschen in die Stadt, um zu demonstrieren. Die Demonstration brauchte Stunden, um sich komplett aufzustellen. Viele Bewohner der Stadt zeigten sich solidarisch und verteilten Wasser oder spritzten, angesichts der großen Hitze, Wasser auf die Großdemonstration.

Später kam es zu erneuten Auseinandersetzungen am Hafen. Am Piazzale Martin Luther King wurden Autos angezündet und gleichzeitig Banken, Autohäuser und andere Geschäfte verwüstet. Es gab Verletzte und Festnahmen – darunter vier Journalisten.

22. Juli

In der Nacht auf den Sonntag stürmten schwerbewaffnete Polizisten die von der Stadt Genua bereitgestellte Diaz Schule, in der neben Indymedia eine Rechtshilfestelle für festgenommene Demonstranten und eine Erste-Hilfe-Station für Verletzte untergebracht waren. Viele Demonstranten ließen sich dort wegen Augen- und Mundreizungen nach dem immensen Tränengaseinsatz verarzten. 60 Menschen mussten verletzt aus dem Gebäude getragen werden. Insgesamt wurden 73 Demonstranten verletzt. 18 Stunden nach der Räumung wurde der Staatsanwaltschaft der Sachverhalt durch die Polizei mitgeteilt. Später drang die Polizei auch in die gegenüberliegende Pertini Schule ein, wo das Genua Social Forum und das Media Zentrum seinen Sitz hatte. Hier waren das Indymedia-Zentrum und das Radio Gap untergebracht, das noch auf Sendung war, als die Stürmung begann. Anschließend kam es in Bolzaneto, in der Kaserne „Nino Bixio“ der mobilen Abteilung der Staatspolizei, zu Folter und antisemitischen Äußerungen gegenüber den festgenommenen Demonstranten. Zudem wurde der Kontakt zu Anwälten verweigert. Die italienischen Behörden verhängten eine Nachrichtensperre.

23. Juli – 25. Juli

Menschen, die in die Bolzaneto-Kaserne verbracht wurden, markierte die Polizei mit einem roten oder grünen Filzstift. Im Gebäude kam es zu Folterungen der Gefangenen. Die 228 Personen in Untersuchungshaft hatten zunächst weiterhin keinen Kontakt zu Anwälten oder Familienangehörigen. Auch Botschaftsangehörigen wurde der Kontakt verweigert. Die Verhafteten wurden von der Polizei misshandelt und verprügelt. Nach 72 Stunden bekamen die Inhaftierten den ersten Haftprüfungstermin und konnten mit Anwälten Kontakt aufnehmen. 60 Deutsche wurden am 25. Juli abgeschoben, alle Betroffenen erhielten ein 5-jähriges Einreiseverbot nach Italien. Am selben Tag wurde Carlo Giuliani beigesetzt. In Italien kam es in Rom, Bologna, Neapel, Genua, Florenz und Palermo zu größeren Demonstrationen. Ein Teil der Gefangenen wurde in Gefängnisse in Alessandria, Pavia, Vercelli und Voghera verbracht. (wikipedia)



SOLIDARITÄT IN GÖTTINGEN

Solidaritätsaktion für die Gefangenen in Genua

Am heutigen Freitag wurde gegen 10:30 Uhr das Göttinger Büro der SPD besetzt. Mit dieser symbolischen Aktion, an der etwa 40 Personen teilnahmen, sollte auf den staatlichen Mord an dem G8-Gipfelgegner Carlo Giuliani und auf die brutalen Polizeigriffe in Genua aufmerksam gemacht werden. Das SPD-Büro war nicht zuletzt deshalb Ziel einer Besetzung, weil nicht zuletzt die SPD-Politiker Schröder und Schily öffentlich die Polizeibrutalität schöneredet und die ProtestiererInnen als „unpolitische Krawallanten“ denunziert haben.



Am Samstag 28.7.01 gab es in der Innenstadt eine Protestkundgebung zum Mord an Carlo Giuliani und den Mißhandlungen der Gefangenen. Die spontane Protestdemo wurde von der Polizei verhindert mit der Begründung, der Verkehr würde behindert ...in der FussgängerInnenzone !!

DAS JAHR 2002

UND WIEDER POLITIKER IM VISIER:

am 10. August traf es Fischer (Außenminister) und Trittin: beide wollten eine Wahlkampfveranstaltung am Gänseliesel machen. Ein gellendes Pfeifkonzert ließ ihre Wort regelrecht untergehen. Auf Transparenten und mit Sprechchören wurden sie als „Kriegstreiber“ beschimpft und zum „abhauen“ aufgefordert. Fischer wurde aus der Menge heraus mit Tomaten und Farbbeuteln beworfen. Er musste sich während seiner gesamten Rede hinter Polizeischutzschildern verstecken.

am 22. August ging es mit Merkel weiter: sie war ebenfalls auf Wahlkampftour und auch sie wurden von Trillerpfeifen und Parolen massiv gestört.

DEMONSTRATION GEGEN DIE IMK IN BREMEN

Bündnis 06.12.2002 01:25 Themen: Repression Soziale Kämpfe

Am Donnerstag nachmittag demonstrierten in Bremen knapp 1.000 Menschen gegen die gegenwärtig hier tagende Innenministerkonferenz. Die Demonstration zog vom Bahnhofplatz aus einmal rund um die Innenstadt - ein vorgesehener Abstecher in die Fußgängerzone „Oberstraße“ war den VeranstalterInnen vom hiesigen Stadtamt verboten worden. Als Grund wurde die angebliche Anreise hunderter „gewalttätiger Störer“ aus verschiedenen Städten genannt, die die Bremer Shoppingmeile „entglasen“ wollten. Die Demonstration wurde von einem massiven Polizeiaufgebot (aus verschiedenen Bundesländern) begleitet. Vorübergehend wurde von der Polizei auf beiden Seiten der Demonstration ein Spalier (teilweise verummte Robocops) gebildet, das nach Verhandlungen zumindest auf der einen Seite weitgehend zurückgezogen wurde. Mit zahlreichen Wasserwerfern sollte ein Durchbrechen der DemonstrantInnen in Richtung der im Rathaus dinierenden Innenminister und -senatoren verhindert werden. Die neun Redebeiträge bezogen sich unter anderem auf die Bleiberechtskämpfe der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge (Roma, kurdische LibanesInnen), die „Festung Europa“, die Politik der „Inneren Sicherheit“ sowie die deutsche Außen- und Kriegspolitik. Die Demonstration endete gegen 20.15 Uhr am Ziegenmarkt. Für einen ausführlichen Bericht ist es jetzt zu spät. Schreibt eigene Kommentare, Beobachtungen, Infos etc. doch einfach in die Ergänzungen - dafür sind sie schließlich da.

Diesen Bericht habe wir mit aufgenommen, weil nämlich in Bremen das erste Mal die Göttinger Nikoläuse zum Einsatz kamen. In Bremen wurde eine Performance zur Abschiebung des Nikolaus aufgeführt. Natürlich wurde der Nikolaus befreit.

Kurze Zeit später wurde diese Performance überraschenderweise auch auf dem **WEIHNACHTS-MARKT** in Göttingen und Northeim aufgeführt.

LIBA-SOLI SOLIDARITÄT MIT DEN STAATENLOSEN LIBANES*INNEN

Ein politischer Schwerpunkt im Jahr 2002 war die sog. Liba-soli-Kampagne: etliche Kommunen hatten staatenlose Libanes*innen im Visier und wollten diese Personengruppe unbedingt abschieben, obwohl sie 20 bis 25 Jahre bereits hier leben. Um das durchzusetzen, machten sie diese Personengruppe kurzerhand zu türkischen Staatsbürger*innen. In den Libanon konnte nämlich schon damals nicht abgeschoben werden.

Es ging um eine Gruppe sog. Mahalmi, deren Vorfahren tatsächlich aus der Türkei stammten. Von dort sind viele vor politischer Verfolgung und Ausgrenzung in den Libanon geflüchtet. In den 80er Jahren sind sie dann von dort nach Deutschland geflohen.

Es gab eine unglaubliche Hetzkampagne gegen diese „Sozialbetrüger“. Staatsbüttel flogen extra in die Türkei, um alte Personenstandsregister zu durchforsten. Mit etlichen Namen im Gepäck kamen sie zurück und die Mahalmi wurden quasie zwangstürkisiert und bekamen alle neue Duldungen mit neuen türkischen Namen.

Im Landkreis Northeim wurden die staatenlosen LibanesInnen bereits im Oktober/ November 2000 beschuldigt, Asylbetrug begangen zu haben. Die lokale Presse griff die Anschuldigen in den meisten Fällen kritiklos auf und trug damit zu einer Verschärfung des rassistischen Klimas bei, indem die Flüchtlinge vornehmlich als „Kriminelle“ dargestellt werden und wurden.

Der zuständige Sachbearbeiter der Ausländerbehörde, Herr Gniech, erdreistete sich nicht, die Abschiebung mit dem „öffentlichen Interesse“ zu begründen, ein weiterer Aufenthalt der Familie Salame beinhalte einen „Verstoß gegen die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland, die eigenen Staatsangehörigen vor Arbeitslosigkeit“ und der „Überbeanspruchung des sozialen Netzes zu schützen“, so Gniech.

Von Göttingen aus gab es viel Solidarität, Unterstützung und Aktionen gegen diese Pläne. Die Liba-Soli-Kampagne begann schon im Jahr 2000. Wir dokumentieren hier „nur“ die ausgefalleneren Aktionen, die alle 2002 stattfanden.

DEM LANDKREIS NORTHEIM DIE DÄMONEN AUSTREIBEN!

Mit Karnelvalsmasken verummte Demonstranten drangen im Februar vormittag kurzzeitig in das Northeimer Kreishaus ein, um gegen die Ausländerpolitik der Behörde zu protestieren. Northeim aus der HNA: Etwa 20 Deutsche und Libanesen, vermutlich Mitglieder des Göttinger Arbeitskreises Asyl, machten gestern vormittag in der Northeimer Innenstadt mit Trillerpfeifen und Kindertrompeten auf sich aufmerksam. Vermummt mit Faschingsmasken und lautstark trötend protestierten sie gegen angebliche Äußerungen des Leiters der Northeimer Ausländerbehörde, Frank Henning Berkhan, wonach Flüchtlinge aus dem Libanon in Northeim „Sozialhilfebezug in Millionenhöhe“ begangen haben sollen. Auf Flugblättern formulierten die Demonstranten ihr Ziel: „Dem Landkreis Northeim die Dämonen austreiben!“

Die Demonstrierenden zogen lautstark durch das Kreishaus und durch die Büros der Ausländerbehörde.



Flugblatt

Dem Landkreis Northeim die Dämonen austreiben!

Zur heutigen Fastnacht, dem Tag der Dämonenaustreibung, treiben wir der Ausländerbehörde die Dämonen der geistigen Brandstiftung aus!

Wir wollen keine Dämonisierung unserer libanesischen Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Bei einer Pressekonferenz der sogenannten „Ermittlungsgruppe Libanon“ im Oktober 2000 beschuldigte der Leiter der Ausländerbehörde Northeim, Frank Henning Berkhan, Flüchtlinge aus dem Libanon, „Sozialhilfebetrug in Millionenhöhe“ begangen zu haben. Behauptet wurde, der Fall sei „aufgeklärt“. Die Abschiebungen sollten kurz darauf erfolgen.

Solche gravierenden Anschuldigungen schüren rassistische Vorurteile und tragen zu einem ausländerfeindlichen Klima bei. Dadurch sollte der Boden für die Abschiebungen bereitet werden. Die Familien - insbesondere die Kinder - bekamen in der Folge die bitteren Konsequenzen der Diffamierungen zu spüren.

Der Vorwurf des Sozialhilfebetrugs schürte die Vorstellung von doppelt erschlichener Sozialhilfe. Tatsächlich handelt es sich aber um den normalen Bezug ergänzender Sozialleistungen (Kindergeld), eine Leistung, die jeder und jedem zum alltäglichen Überleben zusteht.

In einem ersten Strafverfahren ist entgegen der Diffamierungen von Betrug zudem keine Rede. Die Ermittlungsverfahren wegen Betrug wurden nach dreijähriger Ermittlung, Hausdurchsuchungen und vielen anderen Schikanen im Sommer letzten Jahres von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Aufforderung zur öffentlichen Richtigstellung

Wir fordern die Verantwortlichen in der Ausländerbehörde des Landkreises Northeim auf, die Diffamierungen öffentlich zurückzunehmen und richtig zu stellen!

Wir fordern ein Bleiberecht für die libanesischen Bürgerkriegsflüchtlinge!
Northeim, 12.02.2002

„ERMITTLUNGSGRUPPE SCHREIBTISCHTÄTER“

Presseerklärung 2.09.2002

Abschiebungsaufforderung an den Leiter der Ausländerbehörde Northeim

Heute - am 2.09.2002 - haben wir um **5.00 UHR MORGENS** versucht, Frank-Henning Berkhan, alias Faruk-Hassan Berkhan, im Beisein von 20 ZeugInnen die Ausreiseaufforderung in die Türkei zu übergeben. Herr Berkhan verschanzte sich jedoch in seinem Haus und war offensichtlich nicht bereit, die Aufforderung entgegenzunehmen. Daher wurde die Ausreiseaufforderung öffentlich verlesen und anschließend an seiner Haustür hinterlassen.

**DA WURDE ER WOHL
AUS DEM SCHLAF GE-
RISSEN...**

Ermittlungsgruppe
Schreibtischtäter
Herr Faruk-Hassan Berkhan
Aliias Frank-Henning Berkhan

Abschiebungsankündigung gemäß § 1 der Ermittlungsgruppe Schreibtischtäter

Sehr geehrter Herr Berkhan,

Sie sind nach unseren abgeschlossenen Ermittlungen wegen Identitätsfälschung zur Ausreise aus dem Bundesgebiet verpflichtet.

Die Ermittlungen haben ergeben, dass Sie in Wirklichkeit aus der Türkei stammen und Faruk-Hassan Berkhan heißen, und nicht Frank-Henning Berkhan. Wie uns ihr Bruder Yilmaz Berkhan, wohnhaft in Istanbul und Geschäftsführer einer Konstruktionsfirma an Eides statt versicherte, sind Sie in der Türkei geboren und besitzen die türkische Staatsbürgerschaft.

Mit deutschem Paß und eingedeutschem Namen haben Sie sich den Aufenthalt in der Bundesrepublik erschlichen. Auch Ihren Beamtenstatus haben Sie nur mit diesen falschen Angaben erwerben können.

Weiterhin besteht der Verdacht auf Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Ausländerbehörde Northeim in Tateinheit mit der Erschleichung von Beamtenbezügen und aller mit einem Beamtenstatus verbundenen Vorteile.

Der weitere Aufenthalt von Faruk-Hassan Berkhan, alias Frank-Henning Berkhan, in der BRD muss als eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewertet werden, da sich in diesem Täuschungsmanöver ein großes kriminelles Potential offenbart.

Daher fordern wir Sie auf, spätestens bis zum 4.09.2002 freiwillig aus der Bundesrepublik Deutschland auszureisen!

gez. *Ermittlungsgruppe Schreibtischtäter*
Dokumentation

DANN GAB ES NOCH DIE PLATZBESETZUNG IN NORTHEIM.

Noch während die UnterstützerInnen und die Flüchtlinge dabei waren, sich auf eine Besetzung des Münster einzurichten (der Platz vor dem Kreishaus wurde von der Polizei mit Gittern abgesperrt), wurde über Telefon die Nachricht vom vorläufigen Stopp der Abschiebung an die BesetzerInnen durchgegeben.



GÖTTINGER ATOMKRAFTGEGNERINNEN HALTEN CASTORTRANSPORT AUF

13.11.02 / CastorgegnerInnen haben den Atommüll-Transport ins Zwischenlager Gorleben aufgehalten. Schätzungsweise 200 AtomkraftgegnerInnen waren in der Nacht trotz Demonstrationsverbot unterwegs. Es wurde berichtet, dass sich dreißig Menschen um kurz nach 3 Uhr nachts auf die Bahngleise begaben, um gegen die Gefahren der Radioaktivitäts-Transporte zu protestieren und die Weiterfahrt des Zuges um ca. 20 Minuten verzögerten. Die AtomkraftgegnerInnen waren angeblich nahe der Güterbahnstraße in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes auf die Gleise gelangt.

Bereits 1997 wurden der Castor in Göttingen zu einem außerplanmäßigen Halt gezwungen. Seitdem hatte jeder Strahlenmüllbehälter in Richtung Gorleben die „Blockadestadt“ umfahren, obwohl hier der kürzeste Weg entlang führt.



DAS JAHR 2003

GÖTTINGEN: BAMBULE BEI SCHILLBESUCH

peter paul & mary 25.01.2003 23:08 Themen: AntifaRepression

Schill in Gö: mehrere Verletzte DemonstrantInnen, Schill vom Farbei getroffen
Heute war Schill anlässlich eines kleinen Parteitags der niedersächsischen Schill-Partei in Göttingen. Die Veranstaltung sollte im alten Rathaus stattfinden. Schill wurde von ca. 200 - 300 DemonstrantInnen begrüßt. Als er ankam wurde sein Wagen durch Farbbeutel verziert, Teile des Autos (Scheibenwischer) gingen zu Bruch, Leibgarde hatte dank Farbeiern plötzlich bunte Anzüge und auch Schills Anzug schmückte ein schöner, gelber Farbfleck. Bei dem durchknüppeln von Schills Autokolonne gab es mehrere Verletzte, große Platzwunden etc. Die Bullen setzten auch Pfefferspray ein, was auch bei mind. 2 DemonstrantInnen teilweise schwere Verätzungen zur Folge hatte. Nachdem Schill nun mit ach und krach im Rathaus drinnen war formierte sich eine Spontandemo durch die Innenstadt von Göttingen. Ein Ziel war das Juwiliergeschäft Jung im Papendieck. Der Besitzer ist Vorsitzender der Schillpartei Sektion Gö. Vorm Juwelier verbiss sich ein Bullenhund in einen Demonstranten. Der Hundeführer war erst nicht in der Lage seinen Hund zum Ablassen vom Demonstranten zu veranlassen. Die Folge war eine schwere Bisswunde im Oberarm des Demonstranten. Am Rande dieser Aktion kam es zu Auseinandersetzungen mit Aktivbürgern die mehr Blut von DemomstrantInnen einforderten. Dabei erlitten die Aktivbürger wohl die eine oder andere Prellung. Im Laufe des Tages gab es immer wieder kleinere Auseinandersetzungen mit den Bullen rund ums Rathaus. Auch im Rathaus selber fand eine kleine Agit-Prop-Aktion statt. Vor allem bei der Abreise Schills gab es nocheinmal stärkere Auseinandersetzungen. Schill musste Gö im Bullenauto verlassen, da sie seine Wagen wohl nicht noch einmal den Farbeiern aussetzen wollte. Nach Bullenangaben gab es sieben Ingewahrsamsnahmen. Zwei Verfahren wegen Beleidigung, zwei wegen Widerstands, zwei wegen Körperverletzung, ein Verfahren wegen Gefangenenbefreiung und 9 wegen Sachbeschädigung will die Bullerei Gö einleiten.

Randale, Bambule, Frankfurter Schule!!!

schöne sache, das alles!

der kleine antideutsche 26.01.2003 - 03:16

einer anderen Gruppe war es gelungen, in der Nähe von Shill, im schwer bewachten Ratskeller Kaffee zu schlürfen. Sie äußerten ihren Unmut durch Parolen, Flugblätter und Konfetti. Fazit ihrer Aktion: zeitweiliges Anpassen an das bürgerliche Erscheinungsbild eröffnet Potential für weitere Aktionen.

hier noch eine nachfrage:

gerüchten zufolge wurde das göttinger edel-caféhaus kron&lanz zeitgleich zur anti-schill-aktion objekt einer kleinen umverteilungsaktion. vermummte sollen den laden gestürmt, die auslagen teilweise ausgeräumt und das gebäck an passanten auf der strasse verteilt haben. weiß jemand genaueres?

shalom und: randale, bambule, frankfurter schule!

KRON&LANZ LEERGERÄUMT!

Ergänzung

peter, paul & mary 26.01.2003 - 03:20

während des schillbesuchs hat es außerdem wohl noch eine kleine umverteilungsaktion gegeben. einige personen sind demnach zu kron & Lanz (göttinger nobelcafé, hat während ns-zeit zwangsarbeiterInnen beschäftigt und weigert sich diese zu „entschädigen“) rein und haben lecker kuchen aus der auslage mitgenommen und in der fussgängerInnenzone unter die leute gebracht
zu fotos von schill: saß mit beflecktem jackett in der pressekonferenz, demnach müsste es fotos geben - habe aber noch keine gesehen.
schill sprach bei pressekonferenz von „schwersten ausschreitungen seiner wahlkampftour“, bleibt zu hoffen, dass er dieses superlativ noch ein paar mal öfters in anderen städten benutzen muss!



ES GAB BIS ZUM SELBER-TERROR-DE MAIZIERE BESUCH KEIN DERARTIGES GESCHWAFEL ÜBER MEINUNGSFREIHEIT UND DEMOKRATIE IN GEFAHR.

ZUR KAMPAGNE: „GÖTTINGEN PUTZT SICH RAUS“

Das war eine Aktion der Stadt, damit die Stadt sauber wird. Im April gab es die Aktion „Jetzt bekommt der Müll ‚ne Abfuhr. 50 zusätzlich ausgebildete Beschäftigte der Stadt sollten den Müll kontrollieren und Müll_sünder*innen eine gebührenpflichtige Verwarnung ausstellen. Weggeworfene Kippen = 10 Euro, neben statt in den Container werfen = 15 Euro, weggeworfene Kippenschachteln oder Dosen = 15 Euro, unbefugtes Plakatieren = 15 Euro, Füttern von Tauben = 25 Euro usw. Da die Mülllotsen nicht sonderlich erfolgreich waren, wollte die Stadt dann noch Personal einsetzen, um ihre Müll_lotsen stärker zu kontrollieren.

Seit Ende der 90er gab es viele Auseinandersetzungen um die Nutzung der Innenstadt, die die Stadt und die Geschäftswelt gerne für unliebsame Nutzer*innen verunmöglichen wollte: „aggressives Betteln“ sollte verboten werden, Drogennutzer*innen bekamen reihenweise Platzverweise und die Zeugnisfeiern am Nabel wurden verboten, die „Zechgalage“ am Williplatz sozialpädagogisch flankiert. Präventionsräte wurden in vielen Städten etabliert gegen die „Innenweltverschmutzung“ Und jetzt der Müll, der kaum noch zu beherrschen war - aus Sicht der Stadt.

Für diese Aktionen kamen Freiwillige zusammen - vor allem Kinder - um auf Straßen und Plätzen den Müll aufzusammeln an einem Wochenende im März, zum „Frühjahrsputz“. Als Dank gab es eine Feierlichkeit am Albaniplatz. zu diesem Event fühlten sich auch einige „Putzfrauen“ eingeladen:



PUTZKOLONNE PICO BELLO

In militärischer Marschformation zog eine Gruppe „Hausfrauen“ durch die Innenstadt und begleitete sich selbst mit militärischen Gesängen. Ab und an hielt die Truppe an und verteilte verschiedenste Utensilien wie Pissäckchen für Männer oder Überzieher für Straßenschuhe, damit die Fuzo sauber bleiben kann. Einige Personen mussten auf mitgebrachten Matten ihre Schuhe säubern, andere wurden ermahnt, doch mit ihrer Handytelefonerei nicht die kaufwilligen zu belästigen.

Die Truppe zog dann zur Bühne am Albaniplatz, auf der Bürgermeister Meyer gerade eine Rede halten wollte. Kurzerhand wurde die Bühne in Piratenmanier geentert. Dort hielten sie dann einen Redebeitrag, verlasen ihr Flugblatt und skandierten ihren militärischen Sprechgesang.

LEIDER IST DER MILITÄRISCHE SPRECHGESANG NICHT ÜBERLIEFERT!

FLUGBLATT DER „PUTZKOLONNE“

„Liebe Mitbürger und liebe Mitbürgerinnen, sehr geehrte Besucher und Besucherinnen Göttingens „Göttingen soll sauber werden“ - das ist ein zentrales Anliegen unserer Politiker/innen und der Stadtverwaltung. Dieses Ansinnen finden wir sehr erstrebenswert. Wir möchten daher die Sauberkeits- und Ordnungsoffensive mit allen unseren Kräften unterstützen. Zonen der Unordnung dürfen nirgends geduldet werden. Was unser Außenminister Fischer schon für die ganze Welt konstatierte, muss doch erst recht innerhalb Deutschlands gelten. Wenn die BRD sich anschickt in der Welt Ordnung zu schaffen, können wir nicht zulassen, dass die eigenen Städte in Müll und Chaos versinken. Erklären wir deshalb nicht nur anderen Regierungen den Krieg, sondern der eigenen Gesellschaft! Sorgen wir hier wie dort für Ordnung und Kontrolle. Keiner soll sich mehr unbeobachtet fühlen können, denn nur wer nicht kontrolliert wird, wirft seinen Müll einfach auf die Straße. Es reicht eben nicht mehr Papierkörbe aufzustellen. Wie die Stadtverwaltung ganz richtig erkannt hat gibt es zu viele Uneinsichtige. Daher wird folgerichtig eine Müllpolizei diesen Unbelehrbaren eine gelbe Karte zeigen. Bei wiederholtem Verstoß gibt es die rote Karte und ein Verwarnungsgeld bis zu 50 Euro.

Wir können nur hoffen, dass die Stadt in naher Zukunft auch mehr Überwachungskameras in der Stadt anbringen wird. Auch die Müllpolizei kann ihre Augen nicht überall haben. Überwachungskameras bieten darüber hinaus die Möglichkeit, endlich auch ein einkaufsgerechtes Verhalten in der Stadt durchsetzen zu können. Schließlich ist die Innenstadt eine Konsummeile und nicht dafür gedacht rum zu stehen oder zu sitzen oder gar zu demonstrieren und dadurch den Fußgängerverkehr zwischen den Geschäften zu behindern. Das trübt alles nur die Einkaufsfreude. Bis es soweit ist sind wir alle aufgefordert, mitzuhelfen. Die „PUTZKOLONNE -WIR HELFEN MIT“ will genau diese Unterstützung leisten.



INNENSTADTAKTION „DIE STADT GEHÖRT NIEMANDEM - NO CONTROL“ 2003

10.10.03, 16 Uhr Marktplatz fand ein Aktionstag statt, bei dem sich ein Innenstadt-Aktionsbündnis (Schoener Leben, Antifa, Gruppe Gegenstrom, PDS und andere) gegen die Umstrukturierung der Innenstadt nach den Erfordernissen des Einzelhandels und der „kapitalistischen Städtekonkurrenz“ äußerten. Vielfach wurde Bezug auf das Projekt „Saubere Stadt“ genommen. In der „Sauberen Stadt“, so wurde von der Stadtverwaltung angekündigt, sollen weggeworfene Zigarettenkippen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Allerdings wird deutlich dass dabei auch versucht wird, die Innenstadt zu einer Ansammlung strahlend sauberer EinkäuferInnen umzugestalten, in der die Folgen von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Armut und Obdachlosigkeit nicht mehr sichtbar werden. Wer sich arm und krank und auch noch schlecht angezogen in die Innenstadt traut und dort ohne Kaufkraft „herumlungert“, dem soll „das Leben etwas inkommoder gestaltet werden“ (O-Ton des Oberbürgermeisters). „Wer sich das Kännchen Kaffee in der City nicht leisten kann, soll auch gar nicht erst die Fußgängerzone betreten. Wer die Klamotten aus den Boutiquen und Kaufhäusern nicht bezahlen kann oder sich nicht wenigstens zu jeder zweiten Saison neu einkleidet, darf sich auch nicht in der Nähe dieser Geschäfte aufhalten ..“ (Flugblattzitat)

In den Aktionen am Markt kam auch die Unzufriedenheit über die Vielzahl von Kampagnen zum Ausdruck, die eine „lebendige Innenstadt“ nach Maßgabe des Einzelhandels organisieren wollen: ProCity, Stadtmarketing und Hochglanzbroschüren - als „lebendiges Innenstadtgeschäft“.

„Wer zu viel Spaß hat, wer es wirklich auf die Reihe kriegt, ein geiles Leben zu führen, ohne der Norm gerecht zu werden, ist da schon verdächtig und soll aus der Öffentlichkeit eliminiert werden.“ (Flugblattzitat)

Mit Dokumentation von Presseauschnitten wurde an einem Stand auch das Thema Video-Kameras im öffentlichen Raum und Sicherheitsfanatismus informiert. Ironie des Schicksals, die den Leuten aber bewußt war: Die ganze Aktion war übrigens auch permanent über die Kameras auf dem Karstadtgebäude im Internet zu beobachten. Eine Postkarte zeigte zwei Graffiti neben einander „Saubersoll werden“ und „Teurer wirds werden“.

Ein altes Foto zeigte, dass es früher sogar mal Bänke in der Weender Straße gegeben hat - alles weg - nicht sitzen, sondern kaufen soll man. (Die Bänke wurden für einige Jahre entfernt, weil sich dort „unerwünschte“ Personen zu lange aufgehalten hatten.)

Später kamen noch AktivistInnen mit Essen und Tellern auf einem Handwagen an die Stände, belieferten die AktionistInnen unter den drei schwarzen Baldachin-Zelten. Die Musikanlage dröhnte... und ein älterer Mann am Infostand meinte „ja also ich finde das nicht richtig, wenn die im Bus ihre Schuhe auf die Sitze stellen, wenn man sich dann hinsetzt wird man dreckig.“ - Aechz bei dem war wieder mal die ganze Aktion umsonst gewesen !! (goest)

DIE TRAUERFEIER

Eine Gruppe Kammermusikerinnen trug in Trauerkleidung den Sarg „lebendige Innenstadt“ herum, packten dann ihre Instrumente aus und spielten Stücke aus der „Kunst der Fuge“ von J.S.Bach.



Wir nehmen Abschied von einem wichtigen Teil in unserem Leben. Durch die Kampagne „Gemeinsam für ein sauberes Göttingen“ sowie anderen weitreichenden Kürzungen in sozialen und kulturellen Projekten entschwand aus unserer aller Mitte die

Lebendige Innenstadt

geb. Freiraum

* vor langer Zeit † 28. Februar 2003

Wir trauern:

A&O, Innenstadt-Aktionsbündnis, kulturelle Vielfalt, soziale Randgruppen, sowie alle anderen vom Tod Betroffenen

Die Trauerfeier findet am 10. Oktober 2003 ab 16 Uhr auf dem Marktplatz zu Göttingen statt.

Wir bitten von Kranz- und Blumenpenden sowie bloßem Zuschauen abzusehen und bitten stattdessen um widerständige Anteilnahme.



Eine Gruppe hatte sich mit Bauchläden voller Putzmaterialien und Kitteln ausgestattet, um das Konzept „Saubere Innenstadt“ in die Tat umzusetzen. Und wo fängt man da an? Genau: Den meisten Dreck schleppen doch die BürgerInnen in die Stadt! Also wurden sie aufgefordert, sich einer gründlichen Reinigung zu unterziehen und zudem beim Putzen von Laternenpfählen mitzuhelfen.



An einigen der verbliebenen Sitzbänke/-schalen in der Innenstadt fanden sich neue, kleine Hinweisschilder mit dem Logo der Stadt Göttingen und folgendem Text: „Maximale Verweildauer 5 min. - Servicetelefon 0551 - 93516“

Ständige anwesend war eine Papppuppe, welche ihre großen Ohren überall hatte und die an ihren gefletschten Zähne als der „Lauscher“ erkannt werden konnte.

DER SCHMALE GRAT



„Grad schmale Der: Göttingen Leben Schöner bei AG-Vlieskunst Eure !Grad schmaler ein ist Normalität .ein alle irgendwann schränkt Ordnung und Recht, Arbeitszwang und Konsum-, Kontrolle und Überwachung :richtig mal aber jetzt ,Also .umgekehrt nicht und unten nach oben von einmal nun eben liest Mensch unkonventioneller und aufgeschlossener so noch ein Auch .gescheitert Lesenormalität ,sinnvollen recht auch ja manchmal ,verinnerlichten prima allen uns von der an ergründend und schlicht Kunst unserer mit sind Wir .bringen zu näher Göttingen in Linken der Dadaismus den nicht gar nämlich war Intention Die .Innenstadt-aktionstag beim ‚Vliesbeschriftungstechnik‘ neuen unserer mit überschätzt etwas wohl uns wir haben da ‚Leute Liebe“

ANTIRASSISTISCHES GRENZCAMP IN GÖTTINGEN



um 4h heute nachmittag haben 30 leute in der göttinger innenstadt - am gänseliesel - ein antirassistisches grenzcamp aufgebaut, in solidarität mit den kämperinnen, die vor zehn tagen brutal von der polizei geräumt wurden und als protest gegen den alltäglichen rassismus von behörden und bevölkerung in der stadt.

GRENZCAMP IN KÖLN VON DER POLIZEI BRUTAL GERÄUMT

Das Antirassistische Grenzcamp ist am Samstag von der Polizei angegriffen und gestürmt worden. Etwa 350 TeilnehmerInnen wurden in vorübergehenden Gewarsam genommen. Einige standen bis zu 16 Stunden im Polizeikessel, weitere circa 150 TeilnehmerInnen wurden direkt vor Ort erkennungsdienstlich behandelt. Um 3 Uhr 30 war die Gefangenessammelstelle überfüllt, und 50 Menschen konnten auf dem Camp bleiben.

Bereits vor 11 Uhr am Samstagvormittag konnte niemand das Camp verlassen, sogar eine Drehbrücke am Rheinufer war umgedreht. Ab 11 Uhr bis frühmorgens waren die TeilnehmerInnen von der Polizei umzingelt. Teilweise wurde das Wasser abgestellt, und dies bei sengender Hitze. Die TeilnehmerInnen wurden in stickige Zellen in Gefangenenbussen transportiert und standen dann bis etwa 7 Uhr morgens in Käfigen der Gefangenessammelstelle Brühl.



SPONTANDEMO GEGEN POLIZEIGEWALT IN GÖTTINGEN

acab 10.08.2003 01:20 Themen: Antirassismus-Repression

um 23:30 versammelten sich in der göttinger innenstadt ca. 50 personen zu einer lautstarken spontandemonstration. hintergrund war die repression und polizeigewalt gegen das kölnner grenzcamp.

no justice, no peace - fight the police!
solidarität ist eine waffe!



PROTESTE GEGEN DEN 2. IRAK-KRIEG

2003 gab es eine breite Mobilisierung zum TagX - einem neuen Angriffskrieg gegen den Irak
Am Tag X fand eine große Demonstration statt mit an die 2000 Menschen. Für den Tag danach:

SCHÜLERINNENDEMO TAG X+1

(Pressemitteilung der Autonomen Antifa M, 21.3.03)

„Tausende bei SchülerInnen demo gegen Krieg in Göttingen Eier und Kracher gegen Grünen-Parteibüro.

Auch am heutigen Freitag gingen in Göttingen erneut tausende Menschen gegen den Krieg im Irak auf die Straße. Den weitaus größten Anteil bildeten dabei Schülerinnen und Schüler, die einem Aufruf der Antifajugend Göttingen [ajg] zum Schulstreik gefolgt waren. Nachdem es an mehreren Schulen aufgrund der Streiks und anstelle dessen stattfindender Diskussionsveranstaltungen ohnehin kein geregelter Unterricht stattfand, setzten sich ab 11.30 Uhr mehrere Demonstrationzüge in Bewegung.

In der Göttinger Innenstadt kamen schließlich mehrere Tausend, überwiegend junge KriegsgegnerInnen zusammen. Die Demonstration endete mit der Besetzung des Weender Tors, das schließlich durch die Polizei geräumt wurde. Empörung äußerten zahlreiche SchülerInnen über Einschränkungen ihres Protestwillens durch LehrerInnen und Schulleiter. Am Felix-Klein-Gymnasium (FKG) etwa, sollen SchülerInnen auf Anweisung des Schulleiters Thomas Häntsch sogar körperlich zurückgehalten und eingeschlossen worden sein. Es kam zu tumultartigen Szenen als ein von der IGS ankommender Demonstrationzug vor dem FKG die Freilassung der Eingeschlossenen forderte und SchülerInnen aus den Fenstern des Gebäudes kletterten.

Die deutlich aggressivere Stimmung als am Vortag äußerte sich auch vor dem Parteibüro der Göttinger Grünen, das zugleich auch Wahlkreisbüro des Bundesumweltministers Jürgen Trittin ist. Als die Demonstrationsspitze unter Parolen wie „Belgrad, Afghanistan - dafür seid ihr dran!“ oder „Deutschland, USA oder Saddam - wir sind die Feinde von allem drum und dran!“ direkt vor die Eingangstür zog, flogen Eier und Kracher gegen das Gebäude, der Eingangsbereich wurde mit Anti-Kriegsparolen besprüht. Die Polizei zog hier zwar behelmte Kräfte heran, verzichtete aber offenbar aufgrund der unübersichtlichen Lage auf einen gewalttätigen Einsatz. Eine Sprecherin der Autonomen Antifa [M] bewertete den bisherigen Verlauf des Tages als vollen Erfolg. Mit weiteren Protestaktionen wird auch in den nächsten Tagen zu rechnen sein.“



PLATZ FÜR TOTE SOLDATEN AUF DEM FRIEDHOF RESERVIERT

Unten sind zwei Bilder zu sehen, die von einer Aktion auf dem alten Göttinger Friedhof zeugen. Neben den Gräber von Soldaten aus früheren Kriegen wurde ein Feld für die nächsten Toten abgesteckt. Links unten ein erklärendes Schreiben, das an der Absperrung flatterte. Bilder vom Ehrenmal an der Kasseler Landstraße. Den zugesandeten Bildern wurde folgender Text hinzugefügt: „Rechtzeitig zum 4. Jahrestag des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien (24.03.2003) wurde von Unbekannten der Ehrenfriedhof für tote deutsche Weltkriegs-Soldaten erweitert. Die Friedhofsverwaltung beseitigte diese „Ehrenbe-kundung für unsere Truppe“ leider sehr schnell. „



WAFFENZULIEFERBETRIEB IN GÖTTINGEN ENTDECKT

Linus AG beteiligt sich an Waffenproduktion u.a. für den Irak-Krieg
Göttingen, 03.04.03: 15 FriedensaktivistInnen der Gruppe UN-POWER haben am Mittag in der Göttinger Linus _AG nach Massenvernichtungswaffen gesucht. Die Waffeninspektoren trugen weiße Schutzanzüge und blaue Helme. Sie befragten die Linus Mitarbeiter*innen nach ihrer Beteiligung an der Waffenproduktion, machten Filmaufnahmen, nahmen Staubproben und untersuchten sog. Dual-Use-Güter, die zur Waffenherstellung verwendet werden könnten.

Eine schnell Eingreiftruppe von über 50 Personen versperrte gleichzeitig die Zufahrt zum Betriebsgelände, so dass kein geheimes Material entfernt werden konnte. Die Inspektionen haben ergeben, dass auch Göttinger Unternehmen an der Waffenproduktion verdienen.



WIDERSTANDS- WERKSTATT

hier konnten verschiedene Techniken erprobt werden. eine davon war, Masten zu erklimmen, um Transparente aufzuhängen wie hier vor dem SPD Bürogebäude.



DAS JAHR 2004

2004 war prall gefüllt mit

AKTIONEN GEGEN DIE EINFÜHRUNG VON HARTZ IV

Zur Rechtfertigung für die Absenkung des Lebensstandards (im Vergleich zur früheren Sozial- und Arbeitslosenhilfe) schreckten Politiker*innen vor keiner Stigmatisierung und Diffamierung Erwerbsloser zurück. Es gab mehr als genug Anlässe, dagegen zu intervenieren.

FRÜHSPORT IM GÖTTINGER A-AMT

fit for fun 22.09.2004 02:57 Themen: Soziale Kämpfe

Am 21.09 war es soweit: Der Frühsport im Göttinger A-Amt fand statt. Etwa 50 Leute kamen, um sich daran zu beteiligen. Schade, dass es nicht mehr wurden trotz der vielfältigen Mobilisierung. Das hätte den Handlungsspielraum doch noch mehr erweitert. Aber auch so war der Spaßfaktor für uns und der Ärgerfaktor für sie sehr hoch.

Wider Erwarten kamen wir völlig problemlos in das A-Amt rein. Die Masse an Ordnungshütern hielt sich unsichtbar im Hintergrund. Die Zivis wirkten verschüchtert, wohl wegen der angekündigten Sportart „find deinen Zivi“. Und auch die A-Amt MitarbeiterInnen hielten sich äußerst dezent zurück. Offenbar wollen sie unter allen Umständen negative Schlagzeilen vermeiden, obwohl der Frühsport als recht offensive Aktion angekündigt war.

Das war eine Erfahrung, die wir schon bei unserem Frühstück im A-Amt (<http://de.indymedia.org/2004/03/76156.shtml>) und Sozialamt (<http://de.indymedia.org/2004/05/82817.shtml>) gemacht hatten. Vielleicht fürchten sie ja, dass jegliche Art von Eskalation zu einer Initialzündung werden könnte.

Nun zu unseren kreativen Sportarten:

Es gab eine 1-Euro-Cheerleading-Gruppe, die durchs ganze A-Amt, bis hoch in den sechsten Stock, puschelte und trommelte. Außerdem gab es noch folgenden Sprechgesang:

Dann gab es noch Hürdenlaufen, Jonglieren mit der Paragrafenkeule, sich durch die Anträge boxen und Dosenwerfen. Das Dosenwerfen war wirklich sehr, sehr laut und im ganzen Amt zu hören. Aber auch die „Toleranz“ der A-AmtsmitarbeiterInnen hatte ihre Grenzen. Nachdem der Lederfußball ausgepackt wurde und

Wir sind die 1-Euro-Job-Kolonne
Arbeit ist für uns `ne Wonne
1 Euro ist doch reichlich Lohn
Tarifentgelt wer will das schon

Liebe Leute kommt und seht,
wie das Putzen für ein Euro geht
wer Arbeit will der putze mit
das verbessert unsern Schnitt

Wir wollen wirklich alles geben
Arbeit ist das ganze Leben
Hin und her und her und hin
Da ist doch Musike drin

Die Letzte Frage ist nun nur
Wo bleibt denn die Müllabfuhr
Oder habt ihr ne Idee
Ja- den Müll zur SPD! (individuell
auch PSA, CDU, NPD oder Arbeits-
amt...)



schon einige Tore geschossen wurden, war Schluss mit lustig. Uns wurde mehrfach und eindringlich nahe gelegt, das Fußballspielen einzustellen. Was wir natürlich auch befolgten und zum Handball übergangen. Aber offenbar hatten sie eine Lederballphobie, denn das gefiel ihnen auch nicht.

Der Frühsport bot natürlich jede Menge an Möglichkeiten, eigene Ideen einzubringen und umzusetzen. So gab es auch einen Wettbewerb: „bring deinen Aufkleber unbenutzt irgendwo an“. Leider gab es von solchen Eigeninitiativen zu wenig, dabei wäre viel mehr drin gewesen. Natürlich gingen wir mit der Parole: Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage. Aber die Aufforderung der A-Amtsleiterin aus Göttingen werden wir schon auch beherzigen: „Warum geht ihr denn nicht zum Landkreis“. (Die Stadt und der Landkreis Göttingen haben einen Antrag auf das Optionsmodell gestellt.)

Anschließend gab es noch eine Spontandemo in die Innenstadt mit einem Abstecher zum Grünen Parteibüro. Trotz vehementen Klingelns und Klopfens öffneten sie uns nicht die Tür. Dabei wollten wir uns doch nur für ihre Beteiligung an der Flüchtlings-, Kriegs- und Sozialpolitik bedanken.

Alles in allem ein lustiger Vormittag. Die Aktion verlangt nach einem remake. Was wäre nahe li das ganze auch bei den Krankenkassen zu machen bei ...?



von der Aktion gab's einfach zu schöne Bilder

DIE ARBEITSMARKT-EXPERTEN SAGEN, „WER SPORT TREIBT, DENKT NICHT AN ANDERE DINGE“. WIR SCHON! WIR DENKEN AN EIN BESSERES LEBEN!



im April verkündeten die Schlagzeilen „Arbeitslose sollen künftig regelmäßig an Sportprogrammen teilnehmen!“. Durch den Sport sollen Leistungsbereitschaft und Leistungsvermögen verbessert werden. Disziplinierung also der renitenten Arbeitslosen, die ja gar nicht arbeiten wollen. „Fanden wir eine gute Idee“



FRÜHSTÜCK FÜR ALLE!

Äpfel, Birnen, Kaviar, sind nicht nur für Reiche da!

Wir müssen unser Recht zu leben nicht erst verdienen. Und solange es das Leben nicht umsonst gibt, hat jeder Mensch ein bedingungsloses Recht auf ein gutes Leben!

Unter diesem Motto fanden mehrmals offene Frühstücksbuffets statt. Wahlweise im Rathaus, im Jobcenter oder der Arbeitsagentur. Ein Bericht ist erhalten geblieben.



PROTESTFRÜHSTÜCK IM GÖTTINGER RAT- HAUS

Am Dienstag, den 4. Mai, pünktlich um 10.00 Uhr bauten wir – gut beobachtet von Zivis und Rathausbediensteten – unser Frühstücksbuffet auf.

Das erste was die BesucherInnen des Rathauses im Eingangsbereich sahen, war eine lange „Tafel“ mit jeder Menge Brötchen, Käse, Obst, Gemüse, Muffins und anderen Leckereien. Dazu gab es Kaffee oder Tee. Alles was der Magen so am Morgen eben braucht.

Das Frühstück im Rathaus war zwar angekündigt auf Plakaten und Flugis, aber natürlich nicht angemeldet. Und so empfingen uns die eigens für uns abgestellten Beamten des Rathauses, einige Bullen und die stadtbekanntesten Zivis. Sie ließen uns allerdings unbehelligt gewähren. Wie schon beim Frühstück im Arbeitsamt wollte wohl auch die Stadt keine negativen Schlagzeilen produzieren.

Alles für alle und zwar umsonst! So wurden die BesucherInnen eingeladen mit uns zu frühstücken. Die Tafel stieß auf reges Interesse. Doch nicht nur die Brötchen und der Kaffee fanden reißenden Absatz, auch unsere Flugis wurden interessiert und meist zustimmend entgegengenommen. Es ergaben sich beim Kaffee trinken oder Flugi verteilen einige Gespräche und so entwickelte sich im Foyer des Rathauses eine ungewohnten Atmosphäre: laut, bunt, fast schon gemütlich. Eine Stellwand lockte zudem etliche LeserInnen an. Alles in allem wieder eine gelungene Aktion.



OBSERVATIONSSKANDAL IN GÖTTINGEN

Im Vorfeld des Castor-Transport den Göttinger Physikstudenten Daniel H. es nach Gorleben im November 2004 verfolgten LKA-Beamte den Göttinger Physikstudenten Daniel H. zwei Wochen lang auf Schritt und Tritt. Dies wurde Daniel H. im Dezember 2004 rückwirkend in einem Schreiben der Polizeidirektion mitgeteilt. Nachdem er mit Hilfe seines Anwaltes Akteneinsicht nehmen konnte, wurde im Juni dieses Jahres nun das Ausmaß der repressiven Maßnahme deutlich: Sie hörten mehr als 80 Telefongespräche von ihm und seinen Mitbewohnern ab, machten Videoaufnahmen, überwachten Kneipen- und private Kontakte und verfolgten H. einmal sogar bis auf die Uni-Toilette. Am Auto eines Bekannten brachten die Fahnder einen Peilsender an.

Im Funk unterhielten sich die Beamten zum Beispiel so: „X und Anhang gehen hier durch die Stadt. Wir wollen die ein bisschen beschatten. Aber so, dass wir denen auf den Hacken herumfahren ... Der X wird schon nervös.“ – „Ja, wollt ihr sie jetzt mal anhalten? Einsacken ...?“ – „Na, dann wollen wir sie mal einsammeln ... Wir stoppen sie ... Kommt ran.“

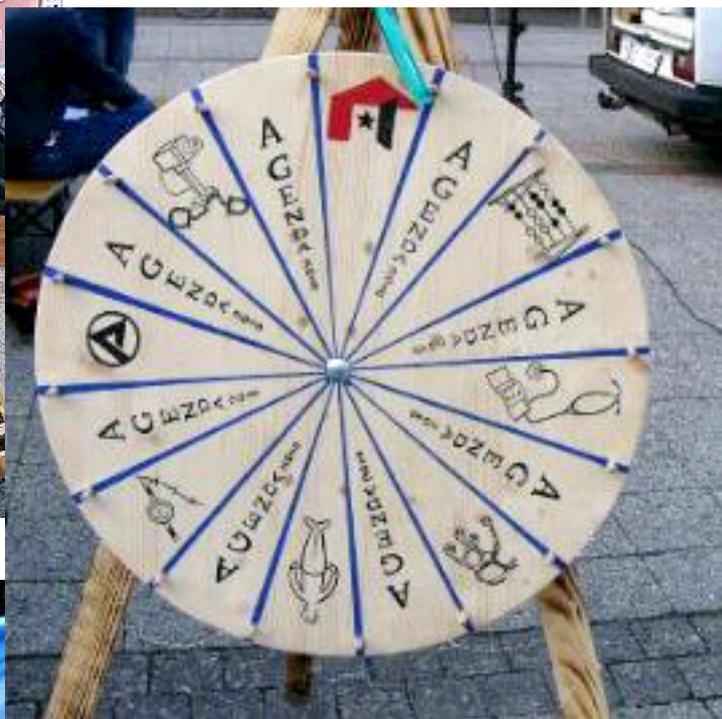
Rechtsgrundlage für die Observation war Paragraph 33a des im Jahre 2003 verschärften Niedersächsischen Polizeigesetzes. Demnach durften präventiv und ohne konkreten Verdacht auf Straftaten Telefonate abgehört und so in den privaten Lebensbereich von Personen eingedrungen werden. Das Polizeigesetz war im Dezember 2003 im Landtag in Hannover mit Stimmen von CDU und FDP beschlossen worden.

„HEISSER HERBST“

Die Kampagne Heisser Herbst - vom 16.10.- 30.10.04 wurde getragen vom „Bündnis Heisser Herbst“ mit Soziales Zentrum, Erwerbslosenfrühstücks-Gruppe Juzi, Offene Linke - Alles für Alle Olafa, Schöner Leben, antifa aktion&Kritik, Prekär AG des Sozialforum, Antifaschistische Linke International ALi, Redical [M], AntiRa Plenum, Erwerbslosenfrühstück, BG Medizin, Geschichtswerkstatt

SAMSTAG, 16. OKTOBER 2004, AB 11 UHR INNENSTADT-AKTIONSTAG VOR DEM ALTEN RATHAUS

Für die Kampagne „Heisser Herbst“ wurde eine Kampagnen-Zeitung mit dem Titel „**ARBEIT ODER LEBEN**“ im Umlauf gebracht.



Viele Menschen nutzen diese Möglichkeit mit faulem Obst und Farbbeutel ihrer Wut durch einen Wurf auf die Zielscheibe symbolisch Luft zu machen.

Höhepunkt war ein „Trainingsprogramm gegen den Standort Deutschland und internationalen Wettbewerb“. Endlich konnten alle die wollten einmal ein Ei auf Schröder oder auf einen Farbbeutel auf Fischer werfen. Mehr Punkte brachten allerdings Treffer auf Institutionen wie das Arbeitsamt oder gesellschaftliche Ideologien und Wertvorstellungen wie Rassismus oder Patriarchat. Den Hauptgewinn brachte ein Treffer in den Kern des kapitalistischen Systems.



VOLLVERSAMMLUNG DER ERWERBSLOSEN

Im Foyer der Göttinger Arbeitsagentur hat am Mittwoch, den 17.11., die erste Vollversammlung von Erwerbslosen aus Göttingen und Umgebung stattgefunden. Etwa 40 Personen diskutierten anhand persönlicher Erfahrungsberichte die Auswirkungen von Hartz IV. Wie einzelne TeilnehmerInnen berichteten, werden bereits jetzt Menschen per 1 €-Job zu völlig unnützen Tätigkeiten gezwungen, anderen wird mit Umzugszwang gedroht. Hinzu kommen schlechte Behandlung bei den „FallmanagerInnen“, Depressionen, Angst und Verzweiflung. Auch der aktuelle Fall eines Selbstmordes eines Erwerbslosen in Baden-Württemberg kam zur Sprache. Eine Teilnehmerin: „Sie behandeln eine wie Dreck - es wird Zeit, dass wir uns selbst organisieren und unsere Stimme erheben.“

Der Geschäftsführer der Agentur, Herr Weinrich, ließ die Vollversammlung von der Polizei überwachen und verneinte auf Anfrage einen Anspruch von Erwerbslosen auf Räumlichkeiten in seinem Hause. Er erklärte, originäre Aufgabe der Agentur sei Arbeitsvermittlung und Auszahlung von Leistungen. Für eine weitergehende Unterstützung der Betroffenen fühle er sich nicht zuständig. Immerhin traute er sich nicht, uns aus dem Arbeitsamt rauszuwerfen.

RESOLUTION DER ERWERBSLOSEN

Wir, die hier versammelten Erwerbslosen aus Stadt und Landkreis Göttingen, haben die Nase voll ! Mit den jetzt beabsichtigten Kürzungen sollen wir aufs Abstellgleis der Gesellschaft abgeschoben werden. Es geht nun auch hochoffiziell nicht mehr darum, uns auf Arbeitsplätze zu vermitteln: Mit den neuen 1 €-„Arbeitsgelegenheiten“ wird den sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen nun noch eines hinzugefügt, das für den Arbeitgeber nicht nur frei von Sozialversicherungskosten und anderen Risiken, sondern auch noch frei von Lohnkosten ist!. So sollen wir als Motor für Lohndumping benutzt werden, gleichzeitig sollen Noch-Inhaber von Arbeitsplätzen noch mehr Angst vor dem Verlust desselben haben als bisher. Verkauft wird das uns und allen anderen als „Sparmaßnahme“, weil das kapitalistische System es eben so braucht. Während die Armen so immer noch ärmer werden, sind die Reichen jetzt schon so reich, dass ihre Vermögen die Staatsschulden bei weitem übertreffen - und sie werden immer reicher, auf unsere Kosten! Das nehmen wir nicht länger hin - nicht mit uns !!! (goest)

RALLYE FÜR ARBEITSAGENTUR-BESUCHER

Hier können Sie herausfinden, ob sie fit sind für Hartz IV und den nötigen Widerstand dagegen. Für jede der fünf Stationen gibt es einen Stempel. Und weil man sich für widerstand organisieren muss, hier schon mal einige Adressen von Gruppen, in denen das möglich ist: Soziales Zentrum, Erwerbslosenfrühstück im Juzzi, GALG Gewerkschaftliches ArbeitslosenGruppe, Montagsdemobündnis

An den Stationen: wissen
- Genießen - Sprengen - Mobilisieren - Solidarisieren - konnten die Teilnehmer*innen sich dann ihre Stempel abholen.



Sogar ein kleines nachgebautes rotes Arbeitsamt konnte „gesprengt“ werden, allerdings nur mit Wasser aus einer Gießkanne. „Genießen ohne Reue“ war eine Rallye-Station mit einem bequemen Sofa. Dort gab es Torte und ein Glas Schampus für Besucher*innen. Eine andere Station zueigte einen Wertgutschein und Dinge, die dafür nicht zu bekommen sind, beispielsweise eine Kinokarte. Die Polizei zeigte kurz Präsenz und zog sich dann in den Hintergrund zurück.